

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Seit Mittwoch dieser Woche sind 16 Jahre Kanzlerschaft von Angela Merkel Geschichte - und damit auch vier Legislaturperioden führende Regierungsverantwortung von CDU und CSU. Der Bundestag wählte den Sozialdemokraten Olaf Scholz zum neuen Bundeskanzler. Er trägt nun mit der Ampel-Koalition die Verantwortung für die Entwicklung des Landes.

Der Start der neuen Koalition erwies sich allerdings als holprig. Statt der 416 Stimmen der Koalition erhielt Scholz bei seiner Wahl nur 395 Stimmen. Dazu passt die unausgegorene „Reform“ des Infektionsschutzgesetzes, die nach drei Wochen schon kassiert wurde und Verbesserungen bedarf. Und unübersehbar ist die Kontroverse der Ampel-Koalitionäre über eine Impfpflicht zur Überwindung der Corona-Pandemie, die Scholz mit der Forderung nach überfraktionellen Verantwortung zu kollektivieren versucht.

Für unser Land endete mit 16 Jahren Kanzlerschaft Angela Merkel zugleich eine überaus erfolgreiche Phase seiner Geschichte.

Nach dem Wahlsieg über Rot-Grün 2005 entwickelte es sich unter der Führung der Union vom „kranken Mann Europas“ mit hoher Arbeitslosigkeit, Rekordstaatsverschuldung zur wirtschaftlichen Lokomotive Europas. Die Arbeitslosenquote halbierte sich von 11,7 Prozent im Jahr 2005 auf 5,8 Prozent im Jahr 2021. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg um sieben Millionen auf 33,3 Millionen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erhöhte sich in dieser Zeit um 44 Prozent. Dieser Aufschwung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt ermöglichte es, kräftig zu investieren und die sozialen Sicherungssysteme weiterzuentwickeln. Und wir konnten seit 2014 bis zum Beginn der Pandemie Haushalte ohne neue Schulden vorlegen und gleichzeitig noch Kommunen und Länder in historisch einmaliger Höhe entlasten.

In den nächsten vier Jahren wird die Union stärkste Opposition sein. Wir werden ein scharfes Auge auf die Politik der neuen Koalition haben. Wir werden deutlich machen, wie man unser Land besser regieren kann. Die ersten Initiativen sind schon eingebracht.

Herzlichst

Ihr Sebastian Brehm



Wer nicht hören will, muss nachbessern

Die Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch die Ampel-Koalition hat gerade einmal eine Woche gehalten, da wurde sie von der Entwicklung überholt. Alle Warnungen vor der Streichung des Rechtsinstruments der Feststellung der epidemischen Notlage von nationaler Tragweite wurden in den Wind geschlagen.

Das rächte sich: Die Behauptung der Koalitionäre, die Länder verfügten trotz der Streichung weiter über alle notwendigen Instrumente, erwies sich als leeres Versprechen. In dieser Woche wurde nun nachgebessert.

Doch auch diese Nachbesserung bleibt Stückwerk, denn Scholz verweigert weiter die Rückkehr zur epidemischen Notlage von nationaler Tragweite. Nur dieses Instrument aber sichert eine rasche und flexible Reaktion auf eine veränderte Infektionslage. Stattdessen wird der Instrumentenkasten nun um Einzelmaßnahmen wie die Schließung von Gastronomie, Freizeit- und Kultureinrichtungen und die Untersagung von Messen und Kongressen erweitert. Die Ampel-Logik

verharrt weiter im Klein-Klein und erschwert damit die Pandemiebekämpfung.

Ergänzt wird der Katalog durch eine Impfnachweisspflicht ab 15. März 2022 für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen u.a. von Kliniken, Arzt- und Zahnarztpraxen, Rettungsdiensten, Altern- und Pflegeheimen sowie von ambulanten Pflegediensten.

Sebastian Brehm: „Es bleibt das gleiche Muster: SPD, Grüne und FDP versuchen Lücken zu schließen, die sie selber aufreißen. Die Mahnungen der Fachleute werden in den Wind geschlagen. Das hat mehr mit Ideologie zu tun als mit einer stringenten und klaren Pandemiebekämpfung. Und während die Koalition von Herrn Scholz immer wieder die Wertschätzung für die Pflegekräfte im Mund führt, bleibt konkretes Handeln auf diesem Gebiet weiter aus. Unseren Änderungsantrag für eine steuerfreie Prämie von 3000 Euro für intensivmedizinische Pflegekräfte haben SPD, Grüne und FDP abgelehnt.“

Mobilität muss bezahlbar bleiben

Während die Bevölkerung darüber rätselt wie teuer der Sprit durch einen Staatseingriff der Ampel noch werden kann, schafft der Energiemarkt inzwischen selbstständig Fakten und gibt



schon einmal einen Vorgeschmack auf die Normalität der Zukunft.

Die Energiepreise schießen durch die Decke. Zum einen getrieben durch die anziehende Konjunktur und dem damit einhergehenden Bedarf der Wirtschaft, zum anderen durch die schon bereits in diesem Jahr verschärfte Klimagesetzgebung im Bund und Europa (Stichwort: CO₂-Preis). Der frühe und kalte Winter sorgt bei den privaten Haushalten für zusätzliche hohe Nachfrageeffekte. Dementgegen stehen Förderengpässe.

Am deutlichsten merken wir dies an der Zapfsäule. Es tut weh im Portemonnaie. Deshalb haben wir als Union in dieser Woche einen umfassenden Antrag in den Bundestag eingebracht.

Wir fordern die Ampel auf, die Kosten der Energiepreise im Blick zu behalten und steuerliche Konstrukte, die kleine und mittlere Einkommen schützen (Pendlerpauschale) nicht der Programmatik einer zu ideologischen Politik zu opfern. Wir brauchen eine Politik, die den Fortschritt mit allen Gesellschaftsteilen sozial denkt.

Die Defizite von heute sind die Steuern von morgen

Finanzielle Nachhaltigkeit ist ein Grundpfeiler erfolgreicher und verantwortungsvoller Politik: Ohne solides Haushalten heute, keine gute Zukunft morgen. Doch jetzt will sich die neue Koalition aus SPD, FDP und Grünen von diesem Grundsatz offenbar verabschieden. Sie loben In ihrem Koalitionsvertrag die „Flexibilität“ des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und plädieren für die dauerhafte Anpassung der Regeln. Das ent-



Quelle: Bundesregierung

spricht exakt dem, was die Südschiene der Euro-Staaten unter Führung Frankreichs und Italiens seit Jahren vorschwebt – Aufweichung der Kriterien und Schuldenvergemeinschaftung.

Wir – CDU und CSU – werden jetzt Klarheit schaffen und die Koalition mit einem Antrag zwingen, Farbe zu bekennen. Für uns ist klar, dass die Europäische Union eine Stabilitätsunion bleiben muss. Die Mitgliedstaaten müssen sich zur Rückkehr zur Haushaltsdisziplin verpflichten. Verstöße gegen die Stabilitätskriterien müssen künftig konsequent sanktioniert werden. Wir

brauchen klare Regeln, Transparenz und fiskalpolitische Disziplin in den Mitgliedstaaten. Die europäische Schuldenbremse muss umfassend wirksam sein. Umgehungstatbestände, wie sie einigen Staaten vorschweben, müssen ausgeschlossen bleiben.

Vor allem aber gilt es, alle Formen für eine Vergemeinschaftung von Schulden in der EU zu verhindern. **Sebastian Brehm:** „Nationale Schulden müssen in nationaler Verantwortung bleiben. Wer die Zukunft Europas auf Schulden bauen will, wird die Gemeinschaft auf Dauer zerstören.“

Klarer Nebel

„Der Einsatz für Frieden, Freiheit, Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Nachhaltigkeit ist für uns unverzichtbarer Teil einer erfolgreichen und glaubwürdigen Außenpolitik“, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD, FDP und Grüne. Doch konkreten Fragen zum Thema Menschenrechte weicht der neue Bundeskanzler Scholz lieber aus.

Gefragt, ob seine Regierung sich dem Beispiel der USA, Australiens und Neuseelands anschließt und wegen der Menschenrechtslage in China keine Regierungsvertreter zu den Olympischen Winterspielen entsendet, blieb Scholz im Ungefähren.

Viele Länder, mit denen Deutschland zu tun habe, hätten „Regierungsformen, die vollständig anders ausgerichtet sind, als das, was wir selber richtig finden“, antwortete er. Die neue Bundesregierung müsse es „hinkriegen, über die Unterschiede Bescheid zu wissen und trotzdem gut miteinander auszukommen in der Welt“. Dies sei ein „kluges Verständnis von Politik“.



Sebastian Brehm: „Eine klare Haltung zum Thema Menschenrechte sieht anders aus. Ich erwarte von der neuen Bundesregierung, dass sie sich hier eindeutig bekennt – nicht nur auf dem Papier, sondern auch in Taten.“

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.